

Der Rücktritt des Bundesrates Hoffmann.

Bern, 19. Juni.

Die mit der Ausweisung des Sozialdemokraten Grimm aus Russland im Zusammenhang stehenden Umstände haben hier in allen politischen Kreisen der Schweiz größte Sensation erregt.

Der heutige „Bund“ verurteilt das Vorgehen des Bundesrates Hoffmann, der ein chiffriertes Telegramm absandte, ohne daß die übrigen Mitglieder des Bundesrates oder auch nur der Chef der auswärtigen Abteilung des politischen Departements von diesem Verkehr eine Ahnung gehabt hätten. Dabei ist, fährt das Blatt fort, für jeden Schweizer, am allerersten für diejenigen, die die Persönlichkeit des Bundesrates Hoffmann kennen, eines sicher: Im Interesse einer fremden Macht ist dieser Schritt nicht geplant worden. Es sprechen zu viele schweizerische Interessen für den baldigen Frieden, als daß man etwa den Vorsteher des politischen Departements als Agenten Deutschlands hinstellen dürfte. Es ist ganz unmöglich, daß der Gesamtbundesrat zugestimmt hätte, wenn Herr Hoffmann die Angelegenheit vorgelegt hätte. Hat Hoffmann auch nur einen Augenblick ernsthaft geglaubt, daß Grimm den nötigen patriotischen Tapf aufbringe zur wirksamen Betätigung in einer so außerordentlich schwierigen Angelegenheit oder daß er auch imstande sei, die Friedensstimmung in Russland ungetrübt Auges ganz unabhängig vom Parteistandpunkt und von dem Einfluß seiner Lenin'schen Umgebung zu beurteilen, so daß der Chef des politischen Departements, gestützt auf die Grimmsche Meinungsäußerung, eine so riskante Handlung unternehmen dürfte? Es kam, wie es kommen mußte! Die Folge für Grimm wurde abgefaßt und entziffert. Erzie Depesche: Die Schweiz erlebte eine Demütigung. Dem schweizerischen Gesandten in Petersburg, Odier, wird verboten, mit chiffrierten Telegrammen zu verkehren; die Schweiz wird eines der im freundlichen Verkehr zwischen Regierungen immer anerkannten Mittel beraubt und ihre diplomatische Korrespondenz unter Aufsicht gestellt! Wir können uns darauf berufen, daß die Friedensvermittlung nach dem Haager Abkommen nicht als unfreundlicher Akt angesehen wird; das hindert nicht, daß jedenfalls nicht der von Hoffmann-Grimm eingeschlagene Weg der korrekte ist. Das Bedauern über den Verlust einer so hervorragenden und in mancher Weise überragenden Kraft muß hier zunächst verstummen.

Im vollen Bewußtsein dessen, was Hoffmann dem Lande Gutes und Großes geleistet hat, hielt der Bundespräsident anläßlich des 60. Geburtstages Hoffmanns eine Ansprache und übergab dem Kollegen einen Blumenstrauß. Dann kam das Telegramm, das den anderen Mitgliedern des Bundesrates eine große peinliche Ueberraschung bereitete. Hoffmann erklärte, daß er in dem Wunsche, dem Frieden und der Menschheit zu dienen, einen Fehler begangen habe. Der Gedanke an den Rücktritt drängte sich ihm auf. Es gibt keinen anderen Weg mehr. Das Schweizer Volk will nicht, daß sich seine Leiter in fremde Händel einmischen, weder militärisch noch diplomatisch, am wenigsten dann, wenn die Einmischung praktisch auf die Begünstigung einer Kriegspartei hinausläuft.

Die „Basler Nationalzeitung“ würdigt die Verdienste des Bundesrates Hoffmann als Chef des politischen Departements und schließt ihre Betrachtung mit den Worten: Nur eine ungewöhnliche Spannkraft der Nerven, erstaußliches Pflichtgefühl und glühender Patriotismus konnten die hundertfältigen Schwierigkeiten überwinden. Es ist Bundesrat Hoffmann immer gelungen, in den heikelsten Situationen unseres Landes Konflikte zu ersparen und auftauchende Schwierigkeiten zu lösen. Er machte allerdings auch Fehler, gewiß! Kaum einen seiner Kollegen im

Bundeshaufe ließ er in die Karten sehen. Er trieb oftmals eine Art Geheimdiplomatie, die unserem demokratischen Wesen fremd ist. Sein Telegramm nach Petersburg war eine Unvorsichtigkeit. Er hätte diese Bewicklung dem Lande ersparen sollen, das seiner Fähigkeit so sehr bedurfte. War Bundesrat Hoffmann übermüdet von der angestregten Arbeit dreier Kriegsjahre, daß er den sicheren Blick für Verhältnisse und Personen verlor?

Die „Basler Nachrichten“ bemerken: Alle Welt anerkennt die großen Eigenschaften und Verdienste des Bundesrates Hoffmann, seine staatsmännische Autorität und seinen persönlichen Manneswert. Deshalb ist alle Welt erschüttert von dem Zusammenbruch dieser schönen politischen Karriere, die dem Träger wie dem Lande nur zur Ehre gereichte und deren jähes Ende doppelt tragisch berührt, da sie an dem Tage ihren Abschluß findet, an dem die Glanzwünsche zum 60. Geburtstag eintrafen und die Blumen von allen Seiten dem Staatsmanne zuregenen.

Abweichend von allen Preßorganen sucht das „Berliner Tagblatt“, wenn es auch die Verbindung mit einem Mann wie Grimm schärfstens verurteilt, die Intervention Hoffmanns zu rechtfertigen und sagt, es gehe niemanden an, auch die Entente nicht, wenn Hoffmann als Schweizer an Schweizer Anschauungen über die Friedensaussichten übermittelte und sich dabei des Chiffrenverkehrs mit dem Gesandten bediente. Vom Schweizer Standpunkt aus tat Hoffmann nur seine Pflicht, indem er einem ihm längst von der Bundesversammlung erteilten Auftrage, jede Gelegenheit zur Förderung des Friedens zu benutzen, nachkam. Die Schweiz dürfe sich von niemandem vorschreiben lassen, was sie in der Friedenssache zu tun oder zu lassen habe. Das Blatt wendet sich schärfstens gegen die empörende, unankbare Sprache des heutigen Morgenblattes des „Bund“.

Der Delemontener „Democrate“ führt die heftigste Sprache gegen Hoffmann und verbreitet Stimmungsberichte aus Lausanne und Genf über die dort herrschende Erregung.

Bern, 20. Juni.

In der Affäre Hoffmann herrscht in der Presse vorläufig eine ruhige Sprache sowie die Tendenz, durch die Demission Hoffmanns die Affäre formell rasch zu erledigen.

Die Zeitung „Tribune“ sagt: Das Schweizer Volk will nicht die Rolle eines zweiten Griechenlands spielen. Das Blatt versucht Gustav Ador als Nachfolger Hoffmanns zu lancieren. Dagegen wird vielfach geglaubt, der Bundespräsident werde interimistisch dessen Funktionen übernehmen.

„Tribune de Lausanne“ sagt: In den allzu häufigen Konferenzen Hoffmanns mit den deutschen Gesandten lag immer ein Grund zur Beunruhigung, doch hätte man von dem geschickten Hoffmann nicht eine derartige Bloßstellung erwartet.

Verschiedentlich erinnert die welsche Presse an die Affäre des früheren Gesandten in Washington Ritter, welcher bekanntlich beschuldigt wurde, gleichfalls in deutschem Interesse intereniert zu haben.

Die „Zürcher Post“ findet es direkt späßhaft, Grimm, dessen „Berliner Tagwacht“ immer nur mit rücksichtsloser, ungerechter Schärfe gegen Deutschland sprach und dessen Mitarbeiter stets alles zusammentrug, was gegen Deutschland sprechen sollte, deutschen Agententums zu bezichtigen.

„Journal de Geneve“ sagt: Es ist unbegreiflich, wie ein so ruhiger, kluger Mann sich zu einem so unüberlegten, für die Schweiz kompromittierenden Akt mit Grimm verleiten lassen konnte, der mit Raine und Graber und einem oder zwei anderen die antimilitaristische Gruppe des Nationalrates bildet. Vermerkt sei, daß Grimm ein naturalisierter Reichsdeutscher ist.

Die „Neue Zürcher Zeitung“ schreibt: Man mag kaum die Folgen des Rücktrittes Hoffmanns für unseren Staat und unser Volk zu ermessen, das mit unerschütterlichem Vertrauen zu dieser Säule unserer Landesregierung anzublicken gewohnt war. Hoffmann geht als tragisches Opfer der Sehnsucht der Menschheit nach dem Frieden, wofür zu wirken und damit zugleich den eigenen Landesinteressen zu dienen, er diesen Schritt unternahm, der von einer der kriegsführenden Mächte als unfreundlicher Akt glaubte gedeutet werden zu sollen. So wenig auch eine unfreundliche Wilsicht vorliegen mag, so offen muß man anerkennen, daß eine Bemühung seitens der Schweiz, die deutschen Sonderfriedensbeschreibungen mit Russland zu fördern, eine der korrekten Neutralität zuwiderlaufende Parteimahme ist. Das Verhalten Hoffmanns ist ein Schlag gegen das internationale Ansehen der unbedingten ehrlichen Neutralität unsrer leitenden Männer und der Leitung des Landes selbst. Die Tatsache, daß Hoffmann einem Grimm diplomatisches Vertrauen schenkte, zeugt von einer Weltfremdheit, die mit der Aufgabe der politischen Leitung des Landes einfach unvereinbar ist.